

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

28.03.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>Suche nach Endlager geht weiter</b> <i>Märkische Allgemeine - Potsdamer Tageszeitung, 26.03.2022</i> .....	3
2   <b>Ein weiteres Zwischenlager für Gundremmingen?</b> <i>Günzburger Zeitung, 28.03.2022</i> .....	4
3   <b>Steht die Atomkraft vor einem unerwarteten Comeback?</b> <i>FAZ.NET, 27.03.2022</i> .....	6
4   <b>AKW-Konzern fordert längere Laufzeiten</b> <i>DER SPIEGEL, 26.03.2022</i> .....	10

📰 Märkische Allgemeine - Potsdamer Tageszeitung | 26.03.2022 | S. 10

📄 Auflage: 20.599 | Reichweite: 93.595

🔗 MAZ-Online

## ATOMMÜLL

### Suche nach Endlager geht weiter

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) stellt in einer digitalen Veranstaltungsreihe vom 25. März bis 1. April ihre Methodenentwicklung für den nächsten Schritt bei der Endlager-Suche vor. Um das riesige, von Baden-Württemberg bis Brandenburg reichende Kristallin-Teilgebiet Saxothuringikum geht es bei einem Online-Vortrag am 31. März um 18 Uhr. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger seien eingeladen,

sich in die Diskussion einzubringen und so die Endlagersuche aktiv zu begleiten, heißt es. „Wer sich informiert, wer mitredet, kann mitgestalten“, sagte Verbraucherschutzministerin Ursula Nonnemacher (Grüne) und rief zur Teilnahme auf.

*Links zu den Veranstaltungen unter [www.bge.de/de/aktuelles/veranstaltungen](http://www.bge.de/de/aktuelles/veranstaltungen)*

## Ein weiteres Zwischenlager für Gundremmingen?

**Kernkraftwerk Ein Bauantrag sorgte im Gemeinderat für Diskussionen. Das Gremium macht klar: Es will keinen Neubau für schwach und mittelschwach radioaktive Abfälle.**

**Gundremmingen.** Im Gundremminger Gemeinderat ging es um das Zwischenlager des Kernkraftwerks. Wird es möglicherweise sogar noch ein weiteres geben? Mit dieser Frage setzten sich die Rätinnen und Räte in der Sitzung auseinander. Für große Begeisterung sorgte der Bauantrag jedenfalls nicht: Neubau eines Transportbereitstellungs- und Logistikgebäudes – das Baugrundstück befindet sich auf dem Gelände des Kernkraftwerks – so lautete der Tagesordnungspunkt.

Ein relativ großes Gebäude im Bereich der Kühltürme und des Werkskanals mit einer Gesamtlänge von circa 130 Metern und einer Breite von etwa 35 Metern sowie einer Umfahrung, wie Bürgermeister Tobias Bühler (CSU) den Antrag erläuterte. Beim Rückbau des Kernkraftwerks könnten die schwachen und mittelschwachen radioaktiven Abfälle vermutlich nicht zeitnah abgeführt werden, was bedeute, dass vor Ort weitere Lagerflächen benötigt würden, so Bühler. Was ihm dabei nicht gefalle: Als es im Jahr 2016 um die Stilllegung des Kernkraftwerks gegangen sei, sei unter anderem mitgeteilt worden, dass zur Lagerung von konditionierten, radioaktiven Abfällen das Zwischenlager in Mitterteich und auch das Endlager Konrad zur Verfügung stehe. Sollte Letzteres bis dahin noch nicht betriebsbereit sein, könnten die radioaktiven Abfälle zunächst in vorhandenen Gebäuden am Standort Gundremmingen sicher gelagert werden.

Bühler betonte: Man habe damals ohne weitere Bedenken zugestimmt, nachdem man davon ausgegangen sei, dass alles auf diese Weise ablaufen werde. 2019 sei ebenfalls die Rede von einem Abtransport der Gebinde gewesen, erneut sei versichert worden, dass gegebenenfalls ausreichend Lagerkapazitäten zur Verfügung stehen und dass man den Neubau eines weiteren Gebäudes nicht benötige. „Jetzt noch einmal ein Zwischenlager für schwach und mittelschwach radioaktive Abfälle in einer gewissen Größenordnung vor Ort, das kann ich in der Situation, wie es uns damals mitgeteilt wurde, nicht vertreten“, betonte Bühler. „Wir

sollten das gemeindliche Einvernehmen nicht erteilen, auch wenn das Landratsamt dieses möglicherweise ersetzen wird.“

Bertram Fischer (CSU) wollte wissen, ob sich denn im Nachhinein jemand zu der damaligen Aussage geäußert habe und vor allem: „Warum muss jetzt ein zusätzliches Zwischenlager gebaut werden?“ Selbst wenn man es nicht verhindern könne: Wäre überhaupt sichergestellt, dass kein externes Material angeliefert würde, stellte Fischer die Frage in den Raum. Heike Eggenmüller-Hörsch (FWG/UWG) vertrat ebenfalls die Meinung: Es könne nicht sein, dass man jetzt etwas aufs Auge gedrückt bekomme und keiner könne sagen, wann es abtransportiert werde. Sie habe die Befürchtung, dass, wenn der Bau einmal da sei, er dann auch als solcher verbleibe. Christian Joas (GfG) sah dies etwas anders: Man habe kein Endlager, das sei das Problem. Der Rückbau sei komplexer als man damals vermutet habe. Es gebe nun viele Fragen und es wäre sicherlich gut gewesen, wenn der Antragsteller in der Sitzung zu gewissen Punkten Stellung genommen hätte. Markus Wecker (GfG) meinte: Der Rückbau müsse möglichst schnell und fachmännisch vonstattengehen. Er könne die Situation verstehen, aber auch er sei zweigeteilter Meinung.

Zweiter Bürgermeister Anton Frei (GfG) entgegnete: Er sehe weniger den Betreiber in der Pflicht, sondern vielmehr den Bund, der die Vorgaben für den Rückbau erteile. „Der Bund macht sich das einfach, indem er das auf die kleinen Parlamente abschiebt und darauf sollte man Einfluss nehmen.“ Das sah auch Bürgermeister Bühler so: Es sei eine Bundesaufgabe und wenn der Bund diese nicht lösen könne, könne es nicht sein, dass die Kommune in die Verantwortung genommen werde. Zudem würde das Gebäude logistisch so entstehen, dass es jederzeit als dauerhaftes Zwischen- oder gar als Endlager verbleiben könne. Sehr schade hinsichtlich der Zusammenarbeit sei, dass 2019 die Problematik nicht gesehen worden sei und die Aussage gelautet habe, dass man keinen weiteren Bau

benötige. Auch wenn das Endlager Konrad nicht zur Verfügung stehe – und das sei bekannt gewesen. Zunächst kam zur Sprache, den Punkt zu vertagen, was jedoch mehrheitlich abgelehnt wurde. Der Bauantrag selbst wurde mit drei Gegenstimmen ebenfalls abgelehnt.

Auch dem Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Bayern (LEP) stand der Gundremminger Gemeinderat, speziell hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Gemeinden im Gegensatz zu größeren Städten, sehr kritisch gegenüber. In den Zentren gebe es derzeit ebenfalls relativ große Probleme mit Wohnraum und Corona habe gezeigt, dass viele Menschen auf dem Land leben wollten,

betonte Bürgermeister Bühler. Dritte Bürgermeisterin Alexa Kille (CSU) fügte hinzu: Eigentlich sei Ziel, dass die Lebens- und Arbeitsbedingungen auf dem Land verbessert werden sollten, andererseits solle sich alles vermehrt auf die Städte konzentrieren. Das widerspreche sich. In ihrer Stellungnahme zu dem Entwurf fordert die Gemeinde nun auf, dass gerade in ländlichen Gebieten die Planungshoheit der Kommunen nicht geschwächt, sondern gestärkt werden sollte. Zudem verliere sie mit dem Abschalten des Kernkraftwerks den größten Arbeitgeber. Aufgrund des Strukturwandels wäre es wünschenswert, wenn Gundremminger als Raum für besondere Entwicklungen aufgenommen werde, heißt es darin weiter.

FAZ.NET | 27.03.2022 | S. FAZ.NET

Christian Geinitz

**KRIEG STELLT AUSSTIEG INFRAGE****Steht die Atomkraft vor einem unerwarteten Comeback?**

Der Geist ist aus der Flasche, und er will nicht wieder hinein. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffs auf die Ukraine ist in Deutschland eine Diskussion darüber entbrannt, ob es nicht sinnvoll wäre, weiterhin Atomstrom zu erzeugen. Richtig in Schwung gebracht hat die Debatte ausgerechnet jene Partei, die wie keine andere für den Atomausstieg gekämpft hat, die Grünen. Nach Kriegsbeginn sagte der für Energiefragen zuständige Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck mit Bezug zu einer möglichen Laufzeitverlängerung: "Ich würde das nicht ideologisch abwehren."

Das konnte man als eine weitere "Zeitenwende" in dieser an politischen Volten nicht gerade armen Zeit verstehen. Denn tatsächlich ist der Atomausstieg tief in der grünen Ideologie verankert, er gehört gleichsam zur DNS der Partei, die aus der Anti-AKW-Bewegung hervorgegangen ist. Wenige Wochen zuvor hatten Habeck und Umweltministerin Steffi Lemke, ebenfalls von den Grünen, noch vehement gegen die "Taxonomie" der EU gewettert, die Kernenergie als nachhaltige Technik einstuft.

Jetzt, nach dem russischen Einmarsch, das Anti-AKW-Axiom anzuzweifeln, konnte Habeck nur wagen, weil der zweite Grundpfeiler seiner Partei die Friedensbewegung ist. Um den Aggressor zurückzuweisen, den russischen Präsidenten und Oberbefehlshaber Wladimir Putin, wurde das Udenkbare denkbar: der Kernspaltung eine Gnadenfrist zu gewähren. Auf diese Weise, so das Kalkül, ließe sich die Energieabhängigkeit zumindest lindern und damit auch die Erpressbarkeit durch das aggressive und erratisch handelnde Regime in Moskau.

**Atomausstieg bis Ende des Jahres**

Habeck muss sich an seinen Parteifreund Joschka Fischer erinnert gefühlt haben, der als Außenminister zu einer ähnlichen Wahl zwischen Pest und Cholera gezwungen war: Im Kosovokrieg 1999 befürwortete er die Beteiligung der Bundeswehr an Kampfeinsätzen gegen Serbien mit der Begründung, die Grü-

nen propagierten zwar "Nie wieder Krieg", aber eben auch "Nie wieder Auschwitz". Letzteres zielte gegen die Menschenrechtsverletzungen und Ansätze zum Völkermord im Kosovo.

Anfang März dieses Jahres sah es also so aus, als ob die deutsche Energiegeschichte wieder einmal skurrile Blüten triebe: 2010 hatte eine Koalition aus Union und FDP die Laufzeiten der Kernkraftwerke zunächst verlängert, dann aber nach dem Tsunami in Fukushima im März 2011 überraschend den Atomausstieg verkündet. Das Gesetz gilt bis heute: 2021 wurde die Hälfte der sechs noch verbliebenen Reaktoren stillgelegt, die letzten drei sollen bis Ende des laufenden Jahres vom Netz. Mit der Entscheidung im "Superwahljahr" 2011 wollten Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Vizekanzler Guido Westerwelle (FDP) ihre Parteien in einer Stimmung über Wasser halten, die nach dem Unfall in Japan deutlich gegen die Kernkraft kippte.

**Atomentscheidung unabhängig von Wahlen**

Aber zum einen klappte das durchsichtige Manöver nicht, die meisten Wahlen gingen trotzdem verloren, im wichtigen Baden-Württemberg stellten damals sogar die Grünen ihren ersten Ministerpräsidenten. Sie tun das bis heute. Zum anderen leitete das Hin und Her eine Erosion von Merkels Image ein: Sie galt nicht länger als stringente, von Überzeugungen und nicht von Stimmungen geleitete Politikerin, und sie büßte, zumindest unter Ingenieuren und Technikern, auch ihren Ruf als unbestechliche, nüchtern die Fakten abwägende Naturwissenschaftlerin ein. In Fachkreisen ist man sich weitgehend einig, dass die Gefährdungen in Fukushima nicht im Entferntesten auf die deutschen Standorte zu übertragen sind.

Im laufenden Jahr 2022 finden ebenfalls wichtige Wahlen statt, am Sonntag im Saarland, im Mai in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, im Oktober in Niedersachsen. Aber man darf Habeck abnehmen, dass er seine Atomentscheidung nicht daran knüpft. Zumal er die vermeintliche Offenheit dem Thema gegenüber schon wieder aufgegeben hat und

mit diesem Schlingerkurs politisch kein Blumentopf zu gewinnen ist: Gemeinsam mit Umweltministerin Lemke präsentierte er einen "Prüfvermerk", wonach der Weiterbetrieb nun doch nicht möglich sei, vor allem aufgrund von Sicherheitsvorbehalten. In dem Papier heißt es: "Im Ergebnis einer Abwägung von Nutzen und Risiken ist eine Laufzeitverlängerung der drei noch bestehenden Atomkraftwerke auch angesichts der aktuellen Gaskrise nicht zu empfehlen."

### **Kehrtwende von Robert Habeck**

In dieser Frage hatte sich die grüne Fundamentalpolitikerin Lemke gegen den "Realo" Habeck durchgesetzt. Im Haus der Ministerin war man zuvor, wie es hieß, aus "allen Wolken gefallen", als der Vizekanzler plötzlich die Tür für die Atomspaltung einen Spalt weit geöffnet hatte. Noch vor dem Prüfvermerk hatte Lemke der F.A.Z. gesagt: "Aus Sicherheitsgründen halte ich eine Laufzeitverlängerung der letzten drei Atomkraftwerke in Deutschland für nicht verantwortbar." Während Befürworter anführten, die Kraftwerke müssten wegen der Invasion in der Ukraine am Netz bleiben, drehte Lemke das Argument um. In der Krisenzeit könnte der Weiterbetrieb die Bundesrepublik "sogar verwundbarer machen", warnte sie.

"Die große weltweite Sorge um die AKW-Sicherheit in der Ukraine führt uns allen gerade das potentielle Schadenausmaß von Atomkraftwerken dramatisch vor Augen", so Lemke. Der Kriegsverlauf schien ihr recht zu geben, als nach russischem Beschuss in dem ukrainischen Kernkraftwerk Saporischschja ein Feuer ausbrach. Außerdem geriet die Ruine des Katastrophenkraftwerks von Tschernobyl unter russische Kontrolle, ebenfalls eine beunruhigende Perspektive. Habeck geriet in Erklärungsnot, auch gegenüber der grünen Basis und den vielen eher linksgerichteten Abgeordneten in seiner verjüngten Bundestagsfraktion. Die Position des Ministers war nicht einfach, weil ja nicht die traditionelle Ablehnung der Nukleartechnik erklärt werden musste, sondern die Kehrtwende.

### **Autark durch Braunkohle**

Und so ruderte der ehemalige Grünen-Parteichef zurück. Zuletzt sagte er am Freitag, die Frage zum Weiterbetrieb der Kernkraftwerke sei beantwortet, "das würde uns nicht helfen". Interessant und entlarvend ist, dass zur Begründung dieser Absage immer neue Argumente bemüht werden. Auf der jüngsten Pressekonferenz hieß es, für den nächsten Winter seien nur dann genügend Brennelemente vorhanden, wenn die Nutzung im Sommer "gestreckt", also gedrosselt würde, um für den späteren Jahresverlauf Uran zu sparen. Dann aber müsse mehr Strom aus Gas erzeugt werden, was genau das Gegenteil des derzeit Bezweckten

nach sich zöge.

Diese Argumentation belegt zum einen, dass die vermeintlich überflüssige Kernkraft nicht durch erneuerbare Energien zu ersetzen ist, und sie ignoriert, dass der Großteil des Stroms aus Braunkohle stammt, nicht aus Gas. Bei diesem Energieträger ist das Land vollständig autark, die Bundesrepublik ist trotz aller Klimaanstrengungen nach wie vor der größte Braunkohlelieferant der Welt. Nukleare Brennstäbe ließen sich also durch mehr Kohlenutzung sparen. Nimmt man die Steinkohle hinzu, deren Abhängigkeit von Russland sich nach Habecks Worten sehr viel schneller lösen ließe als beim Gas, dann trugen diese fossilen Träger 2021 fast 30 Prozent zur deutschen Bruttostromerzeugung bei. Die Kernkraft selbst lieferte zuletzt immerhin 12 Prozent.

### **Kernkraft wird unterschätzt**

Alle diese konventionellen und viel verteufelten Erzeugungsarten sind im vergangenen Jahr nicht etwa weniger bedeutsam geworden, sondern im Gegenteil deutlich wichtiger. Hingegen nahm das Gewicht des Ökostroms wegen der ungünstigen Witterung ab. Angesichts hoher Preise fiel auch das von Klimaschützern als halbwegs erträglich akzeptierte Gas im Strommix zurück. Ausgerechnet diese Quelle, für die Habeck jetzt hektisch in aller Welt Ersatz suchen muss, erschien den Grünen vor einem Vierteljahr noch als verlässliche "Übergangstechnik" ins postfossile Zeitalter. Im Koalitionsvertrag setzten sie den Bau neuer Gaskraftwerke durch. Diese wären - natürlich - von Russland aus versorgt worden.

Zweifelhaft ist auch das Argument, die Kernkraft werde überschätzt. Dahinter steht die unleugbare Tatsache, dass sie lediglich zur Stromerzeugung, aber nicht zum Heizen, nicht im Tank, nicht in industriellen Prozessen eingesetzt werden kann. Dadurch trägt das Atom nur etwas mehr als 6 Prozent zum Primärenergieverbrauch bei. Vom Mineralöl stammen hingegen 32, vom Erdgas 27 Prozent. Doch wenn das kostbare und knappe Gas nicht für die Elektrizitätsproduktion genutzt würde, stünde es genau dort zur Verfügung, wo es sich eben nicht ersetzen lässt, etwa in der Chemie- und Stahlproduktion.

Es geht um riesige Strommengen, die die verfeimte Kohle und Kernkraft dem Gas abnehmen könnten: Trotz des Rückgangs stammten 2021 noch immer mehr als 15 Prozent des deutschen Stroms aus Erdgas. Es war damit der wichtigste Lieferant nach der übermächtigen Braunkohle und der - wetterabhängigen - Windkraft an Land. In einer Krisensituation wie der gegenwärtigen kann die Nukleartechnik also durchaus Gas ersetzen, finden nicht nur Kernkraftbefürworter.

Auch in dieser Hinsicht gilt Habecks Satz vom Freitag: "Jede eingesparte Kilowattstunde hilft ebenfalls und schadet Putin"

### **Kernkraftbetreiber widersprechen dem Ministerium**

Die technisch-rechtlichen Bedenken, die Wirtschafts- und Umweltministerium gegen die Reaktivierung alter und den Weiterbetrieb der noch vorhandenen Meiler anführen, werden von den Befürwortern in einem ähnlich kritischen Licht gesehen wie die übrigen Bedenken. Der Vermerk mit dem Titel "Prüfung des Weiterbetriebs von Atomkraftwerken aufgrund des Ukrainekriegs" stößt auf große fachliche Bedenken. Die Regierung schreibt, für das Wiederauffahren der Ende Dezember stillgelegten Reaktoren wären faktisch Neugenehmigungen mit hohen, nicht zu erreichenden Standards nötig, die vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern würden. Tatsächlich aber gilt die Betriebsgenehmigung weiter, solange der Rückbaubescheid noch nicht vorliegt. Erlöschen ist gemäß Atomgesetz nur die Berechtigung zum sogenannten Leistungsbetrieb.

In einer Bewertung des Prüfvermerks entkräftet der Branchenverband der Atomwirtschaft, Kerntechnik Deutschland (KernD), auch viele weitere Hinderungsgründe. Danach lassen sich die ausgebliebenen "Periodischen Sicherheitsüberprüfungen" durch andere zuverlässige Tests rechtssicher innerhalb eines Jahres ausgleichen. Auch die Brennstofffrage sei lösbar, sodass die Kraftwerke bereitstünden, schon im Winter 2022/2023 "signifikante zusätzliche Strommengen" zu liefern. Desgleichen ließen sich ausreichend Ersatzteile und Personal beschaffen, und auch die Kosten seien beherrschbar.

### **Atomwirtschaft baut Anlagen zurück**

Zusammenfassend heißt es in der Stellungnahme: "Aus Sicht von KernD kann ein Weiterbetrieb ohne Abstriche beim vorhandenen Sicherheitsniveau erfolgen." Die Gegenargumente aus Berlin seien fachlich nicht stichhaltig: "Im Gegenteil können die Kernkraftwerke in einer Gasmangellage oder gar einer allgemeinen energiewirtschaftlichen Notlage in Deutschland mit ihrer grundlastfähigen Stromerzeugung einen entscheidenden Beitrag zur Energiesicherheit leisten, ohne unverhältnismäßigen Aufwand zu erzeugen." Die Anlagen, das Personal, das Know-how, die Lieferketten, "kurzum das technisch-wirtschaftliche Gesamtsystem der Kerntechnik" seien schließlich alle noch vorhanden: "anders als LNG-Terminals, zusätzliche Strom- und Gasleitungen, viele zusätzliche erneuerbare Erzeugungsanlagen oder Bezugsverträge über sehr große Mengen Flüssiggas vom umkämpften Welt-

markt".

Die Einschätzung der Atomwirtschaft mag zutreffend sein, die Empörung ist aber wohlfeil. Es ist noch nicht lange her, da wiegelten der Verband und die Kernkraftwerksbetreiber stets ab, wenn es um die Laufzeitverlängerungen ging. Das Verbandsmitglied Preussen-Elektra etwa schaltete vergangenes Jahr zwei Reaktoren ab und hat derzeit noch einen weiteren am Netz. Auf die Frage, ob der Weiterbetrieb technisch möglich sei, teilte der Konzern noch im Oktober mit: "Wir beschäftigen uns mit derart spekulativen Betrachtungen nicht. Wir haben immer gesagt, dass der Weiterbetrieb unserer Kernkraftwerke über den gesetzlichen Endtermin 2022 hinaus für uns kein Thema ist. Dabei bleibt es."

Eine solche Debatte kurz vor dem Abschalten zu beginnen sei "absurd und befremdlich", sagte eine Sprecherin damals. "Sie verunsichert unsere Mitarbeiter und nutzt keinem mehr." Stattdessen konzentrierte sich das Unternehmen auf den sicheren Betrieb seiner letzten Meiler: "Dann bauen wir auch diese Anlagen zurück." Diese Position nahm Preussen-Elektra, ebenso wie ENBW, auch nach Beginn des Ukrainekriegs noch ein. Beide Betreiber änderten ihre Meinung dann aber innerhalb weniger Tage und teilten mit, falls gewünscht, ließen sich die Standorte durchaus weiterführen. Nur RWE, der dritte noch vorhandene Kernspalter, bleibt unumstößlich bei seinem Nein zur Laufzeitverlängerung. Wohl auch, weil er darauf hofft, seine Braunkohletagebaue und -kraftwerke länger zu betreiben. Immerhin soll auch der Kohleausstieg, wenn nicht verschoben, dann doch so ausgestaltet werden, dass einige Kraftwerke länger am Netz oder in der Reserve verbleiben.

### **Atomkraft, das kleinere Übel?**

In der Politik macht es den Eindruck, als ob sich Habeck zu weit aus dem Fenster lehnt und mit dem zweifelhaften Prüfvermerk eine vermeintlich wissenschaftliche Ausrede gefunden hätte, um auf den traditionellen grünen Pfad zurückzukehren. Dafür spricht auch, dass die Regierung vor ihrer Ablehnung des Weiterbetriebs offenbar weder die Gesellschaft für Reaktorsicherheit noch die Reaktorsicherheitskommission angehört hat. Die Atomwirtschaft indes, die sich lange nicht aus der Deckung traute, wittert Morgenluft. Nicht nur wegen der Energienot, sondern auch wegen des möglichen Klimakollapses. In der Abwägung der realen Gefahren der Erderwärmung mit den potentiellen der Kernspaltung sehen immer mehr Länder in letzterem das kleinere Übel.

Belgien hat seine Laufzeiten soeben abermals verlängert, Schweden hat sein Moratorium aufgehoben,

in Finnland treten sogar die Grünen für die Technik ein, um das Klima zu retten. Frankreich, Großbritannien und Teile Osteuropas stehen ohnehin zur Nuklearenergie. Auch in Deutschland scheint die öffentliche Meinung zu drehen. Im Angesicht des Ukrainekriegs sprachen sich vor wenigen Tagen in einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey sieben von zehn Befragten für Laufzeitverlängerungen aus. Nur unter den Wählern der Grünen, die Habeck im Nacken sitzen, will eine Mehrheit unbedingt am Atomausstieg festhalten. Doch selbst in diesem Lager ist inzwischen immerhin ein Drittel offen für einen möglichen Weiterbetrieb.

Mit 90 Prozent besonders stark ist die Unterstützung dafür in der Union. Das spürt auch deren Bundestagsfraktion und hat deshalb in einem Antrag gefordert, das Abschalten zu überdenken. In ähnlicher Weise preschen ihre Mittelstands- und Wirtschaftsunion sowie der Wirtschaftsrat vor. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hat sich deutlich für längere Laufzeiten ausgesprochen. Wie in der Industrie ist auch in der Union der Sinneswandel, ja die Rolle rückwärts unverkennbar. Schließlich war es genau diese Parteienfamilie gewesen, die den Ausstieg 2011 vorangetrieben hatte. Söder hatte damals gesagt: "Japan verändert alles." Jetzt gilt offenbar: "Die Ukraine verändert alles." Und das tut sie ja auch.

DER SPIEGEL | 26.03.2022 | S. 23

Auflage: 681.567 | Reichweite: 4.975.000

Gerald Traufetter

## ENERGIE

### AKW-Konzern fordert längere Laufzeiten

Der Betreiberkonzern PreussenElektra setzt sich dafür ein, die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke zu verlängern. Das Unternehmen stellt sich hinter einen Brief, den der Branchenverband Kerntechnik Deutschland an Bundeskanzler Olaf Scholz geschrieben hat. Darin appellieren die Atomlobbyisten, die Bundesregierung möge ihre ablehnende Position überdenken und sich auf eine Notsituation »bei der Energieversorgung unseres Landes« vorbereiten. Man trage dieses Schreiben »inhaltlich mit«, erklärte eine Sprecherin des Hannoveraner Unternehmens, das eine hundertprozentige Tochter des Energiekonzerns E.on ist.

PreussenElektra kritisiert das Bundeswirtschafts- und Umweltministerium, die in einem Prüfvermerk zu einem abschlägigen Urteil gegen die Kernenergie gekommen waren. Die Ressorts hätten »Vorbehalte in den Vordergrund gestellt«, weshalb »die eigentliche Fragestellung, inwieweit Kernkraftwerke in einer dynamischen Energiekrise zur Versorgungssicherheit beitragen könnten, gänzlich aus dem Fokus« geraten sei. »Dabei werden auch Argumente herangeführt, die wir für falsch halten«, so die Sprecherin. PreussenElektra betreibt die AKW Brokdorf sowie Isar 1 und 2.